



## Niederschrift

### 5. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 20.01.2015
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:15 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Matthias Lack	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
--------------------	-----------	---------------------

##### Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Marcel Piest	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	ab 18.05 Uhr
Herr Andreas Walter	Grüne/B90	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	

##### zusätzliches Mitglied

Herr Carsten Linke	DIE aNDERE	bis ca. 19.55 Uhr
--------------------	------------	-------------------

##### sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	CDU/ANW	
Herr Benjamin Karl	DIE LINKE	ab 18.42 Uhr
Herr Stefan Matz	DIE LINKE	
Herr Axel Podßuweit	Seniorenbeirat	
Herr Holger Wolinski	SPD	bis 18.45 Uhr
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	

##### Beigeordnete

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter Geschäftsbereich 4	
---------------------	-------------------------------------	--

#### Nicht anwesend sind:

##### Ausschussmitglieder

.Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	entschuldigt
-------------------	---------	--------------

##### zusätzliches Mitglied

Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	entschuldigt
----------------------	-----	--------------

## **sachkundige Einwohner**

Frau Elke Lentz	SPD	entschuldigt
Frau Carola Walter	Bürgerbündnis	entschuldigt
Herr Jan Wendt	DIE aNDERE	nicht teilgenommen

### **Gäste:**

Herr Glaser (kaufmännischer Geschäftsführer des Verkehrsbetriebes Potsdam zu TOP 3.3)  
Herr Gessner (Bereich Sport und schulische Dienstleistungen zum TOP 3.2 und 3.6.11)  
Herr Weise (Geschäftsstelle Bauen zum TOP Haushalt)  
Frau Kluge (FB Ordnung und Sicherheit zum TOP Haushalt)  
Frau Steiner (Rederecht zum TOP 3.6.9)

### Niederschrift:

Frau Kropp

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.12.2014 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 3.1 Gemeinsame Verantwortung für Wohnumfeldpflege - Modellprojekt am Schlaatz  
auf weitere Wohngebiete ausweiten  
Vorlage: 14/SVV/0934  
Fraktionen SPD, CDU/ANW
  
- 3.2 Modellprojekt Schulobst- und Gemüseprogramm  
Vorlage: 14/SVV/0927  
Fraktion DIE LINKE  
B/Sp.
  
- 3.3 ÖPNV-Infrastrukturpaket für die Erweiterung/Anpassung der  
Verkehrsinfrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt  
Vorlage: 14/SVV/1044  
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

FA, SBV, HA, OBR

- 3.4 Radwegmarkierung am Uferweg Templiner See  
Vorlage: 14/SVV/1085  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
SBV
  
- 3.5 Haushalt 2015/2016
  - 3.5.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016  
Vorlage: 14/SVV/1088  
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen  
alle Ausschüsse und OBR
  
  - 3.5.2 Zukunftsprogramm 2019  
Vorlage: 14/SVV/1090  
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation  
alle Ausschüsse und OBR
  
  - 3.5.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2015  
Vorlage: 14/SVV/1045  
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service  
alle Ausschüsse und OBR
  
- 3.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2015/16
  - 3.6.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 3 Ordnungsgelder bei Verschmutzung deutlich erhöhen  
Vorlage: 14/SVV/1060  
Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
  
  - 3.6.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 4 Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben  
Vorlage: 14/SVV/1061  
Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
  
  - 3.6.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 6 Tierheim fördern  
Vorlage: 14/SVV/1063

Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

- 3.6.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 7 Radfahren attraktiv und sicher machen  
Vorlage: 14/SVV/1064  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 3.6.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 9 Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr  
Vorlage: 14/SVV/1066  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 3.6.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 12 Mehr Sauberkeit in Potsdam (Mülleimer, Werbekampagne)  
Vorlage: 14/SVV/1069  
Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 3.6.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 13 Volkspark erhalten und ausbauen und Wohnqualität erhalten  
Vorlage: 14/SVV/1070  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 3.6.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 15 Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs  
Vorlage: 14/SVV/1073  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 3.6.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 17 Entlastungsstraße für Potsdam Nord  
Vorlage: 14/SVV/1075  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 3.6.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 18 Ausgaben für 'Barrierefreie Wege' deutlich erhöhen  
Vorlage: 14/SVV/1076  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
- 3.6.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 20 Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Potsdamer Norden  
Vorlage: 14/SVV/1078  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

4 Mitteilungen der Verwaltung

5            Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1            Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2            Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.12.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 18.12.2014 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 5 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Der Ausschussvorsitzende informiert über einen Antrag auf Rederecht von Frau Steiner zum TOP 3.6.9.

Die Zustimmung des KOUL-Ausschusses erfolgt einstimmig.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung informiert Herr Walter, dass der Antrag 14/SVV/1085 Radwegmarkierung am Uferweg Templiner See zurück gestellt werden soll, bis ein vor-Ort-Termin durchgeführt worden ist.

Die so veränderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

#### **zu 3            Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### **zu 3.1            Gemeinsame Verantwortung für Wohnumfeldpflege - Modellprojekt am Schlaatz auf weitere Wohngebiete ausweiten**

**Vorlage: 14/SVV/0934**

Fraktionen SPD, CDU/ANW

Herr Piest greift für den Antragsteller SPD-Fraktion den Vorschlag der Verwaltung in der vergangenen Sitzung auf, die Erfahrungen im ersten Ausführungsjahr 2015 mit den sich daraus resultierenden Vor- und Nachteilen des „Modellprojektes Schlaatz“ abzuwarten und vor der Sommerpause 2016 zu berichten, ob Empfehlungen für eine Ausweitung auf andere Wohngebiete ausgesprochen werden können. Unter Verweis auf den Beschluss aus dem Jahr 2011 zur Verbesserung der Ordnung in den Neubaugebieten wirbt Herr Piest dafür, das Tempo im Prozess zu erhöhen, nicht zuletzt da auch die Wohnungswirtschaft ihre Bereitschaft zur Ausweitung öffentlich signalisiert habe. Von daher könne die Berichterstattung bereits zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen.

Herr Piest macht deutlich, dass es im Antrag auch um die Weiterentwicklung und nicht nur um die Ausweitung des Modellprojektes gehe. Folgende Überlegungen sollten erfolgen:

- Welche Wohngebiete kommen überhaupt als geeignete Wohngebiete in Frage? Dieser Frage könnte bereits jetzt nachgegangen werden.
- Der erwartete Zeitraum für die Definition von Pflegestandards wäre zu klären – erste Schlüsse über die Langwierigkeit eines solchen Prozesses könnten aus dem Modellprojekt am Schlaatz bereits jetzt abgeleitet werden.
- Die relevanten Akteure der organisierten Bürgerschaft zur Mitwirkung an diesem Prozess könnten bereits ermittelt und deren Bereitschaft abgefragt werden.
- Welche Modelle könnten sich die Partner vorstellen, um auch ehrenamtliches Engagement in die gemeinsame Wohnumfeldpflege mit einzubeziehen? Diese Frage könnte bereits angegangen werden.
- Welche praktischen Probleme bestehen bei der Umsetzung des Modellprojektes am Schlaatz? Eine Beobachtung des Modellprojekts über einen gewissen Zeitraum sei selbstverständlich sinnvoll. Unter Bezugnahme auf den bereits erfolgten Testlauf am Schlaatz sollte ein Beobachtungszeitraum von 6 Monaten allerdings ausreichen.

Herr Piest ändert für die Fraktion SPD den Termin zur Berichterstattung von März 2015 auf Oktober 2015.

Herr Jäkel berichtet, dass eine Beratung in der Fraktion mit der einvernehmlichen Verständigung erfolgt ist, den Antrag zu unterstützen. Der Terminänderung könne ebenfalls zugestimmt werden.

Herr Finken als Mit Antragsteller Fraktion CDU/ANW stimmt der Terminänderung zu.

Der Ausschussvorsitzende stellt den entsprechend geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, das Modellprojekt am Schlaatz zur

Wohnumfeldpflege weiter zu entwickeln und auf weitere geeignete Wohngebiete auszuweiten. Ziel soll sein, dass die Landeshauptstadt Potsdam und ansässige Wohnungsunternehmen gemeinsam Pflegeverträge für öffentliche und private Grün-, Spiel- und Sportflächen vergeben und damit einen einheitlichen Pflegestandard im Wohngebiet nachhaltig sichern.

Dabei sollen vor Ort mit den beteiligten Wohnungsunternehmen, privaten Eigentümern und der (organisierten) Bürgerschaft für das betreffende Wohngebiet konkrete Pflegestandards definiert werden. In die Pflegekonzepte können auch Leistungen Dritter, z. B. von privaten Betrieben oder von ehrenamtlichem Engagement – beispielsweise Guerilla-Gardening-Initiativen – aufgenommen werden.

Der Stadtverordnetenversammlung soll im März **Oktober** 2015 Bericht erstattet werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 3.2 Modellprojekt Schulobst- und Gemüseprogramm**

**Vorlage: 14/SVV/0927**

Fraktion DIE LINKE

B/Sp.

Herr Jäkel bringt den Prüfauftrag mit geänderter Terminstellung auf April 2015 ein.

Herr von Osten-Sacken berichtet, dass Schulangelegenheiten Landesangelegenheiten sind. Ob es zu Versäumnissen des Landes gekommen ist, kann nicht beurteilt werden. Eine Lückenfinanzierung wäre notwendig.

Herr Gessner (Bereich Bildung und schulische Dienstleistungen) berichtet, dass die Landeshauptstadt Potsdam in der Rolle als Schulträger die Pflicht habe, eine Mittagsmahlzeit in städtischen Schulen zu organisieren. In den letzten Jahren ist dies unter Einfluss der Hinweise von der Gesellschaft für gesunde Ernährung erheblich qualifiziert worden. Entsprechende Qualitätskriterien werden modulhaft aufgerufen und in die Ausschreibungen eingebracht. Das ausreichende Angebot von Gemüse und Obst spielt bei der Zuschlagserteilung, bei der auch die Elternkonferenz einbezogen wird, eine Rolle.

Herr Gessner ergänzt, dass bei dem Modellprojekt nicht klar sei, ob das Land Brandenburg im kommenden Jahr ein Schulobst- und Gemüseprogramm mit EU-Fördermitteln einführt. Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen abzuwarten, wie sich das Land positioniert. Herr Gessner empfiehlt den Antrag erneut aufzurufen, wenn es davon Kenntnis gibt.

Herr Walter hält auch den Zeitpunkt April 2015 für zu zeitig und regt an, den Zeitraum für die Berichterstattung auf frühestens Ende 2015 zu verlegen. Bis

dahin habe das Land entschieden, ob es in 2016 ein solches Programm einführen wird.

Herr Piest fragt zum Antragsinhalt, ob es ein eigenes Modellprojekt werden soll.

Herr Jäkel stimmt der terminlichen Änderung auf Herbst 2015 zu. Es erfolgt eine nochmalige Änderung des Termines zur Berichterstattung auf November 2015. Zur Frage von Herrn Piest bekräftigt Herr Jäkel, dass nicht beabsichtigt sei, eine spezielle Vorfestlegung vorzunehmen. Der Antrag beinhaltet lediglich die Prüfung, ob es einen Weg gibt, dies zu tun. Der Prüfauftrag ist als ergebnisoffen anzusehen.

Der Ausschussvorsitzende stellt den durch den Antragsteller geänderten Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister erhält den Auftrag zu prüfen, wie in der Landeshauptstadt Potsdam das Modellprojekt Schulobst- und Gemüseprogramm gemeinsam mit den Obst- und Gemüsebauern der Region realisiert werden kann.

Mit der Umsetzung des Programms soll erreicht werden:

- Die Verzehrgewohnheiten von Obst und Gemüse bei Schülerinnen und Schülern durch die Verfügbarkeit an den Schulen nachhaltig positiv zu verstärken,
- durch eine verbesserte Nährstoffversorgung über Obst und Gemüse einen Beitrag zur gesunden Schulverpflegung zu leisten,
- das Wissen über regionalen Anbau, Zubereitung und saisonaler Geschmacksvielfalt von Obst und Gemüse zu steigern,
- dem rückläufigen Verzehr von Obst und Gemüse entgegen zu wirken und die Akzeptanz bei Schülerinnen und Schülern für die Produkte zu steigern.

Der Stadtverordnetenversammlung wird das Prüfergebnis in der Sitzung am ~~3. Dezember 2014~~ **im November 2015** vorgelegt.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>4</b>
Ablehnung:	<b>2</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 3.3 ÖPNV-Infrastrukturpaket für die Erweiterung/Anpassung der Verkehrsinfrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt  
Vorlage: 14/SVV/1044**

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement  
FA, SBV, HA, OBR

Herr Glaser (technischer Geschäftsführer des Verkehrsbetriebes Potsdam) bringt die Vorlage ein und erläutert anhand einer Präsentation die vorgesehenen Maßnahmen:

- Verlängerung von 8 Combino Straßenbahnen incl. Anpassung der Werkstätten
- Grundinstandsetzung von 6 Tatra-Zugverbänden
- Neugestaltung der Wendeanlage am Hauptbahnhof (Leipziger Dreieck)
- Gleissanierung sowie Gleismittenerweiterung Heinrich-Mann-Allee sowie
- Straßenbahnstreckenerweiterung „Nordast“ von der Viereckremise zum Campus Jungfernsee.

Herr Linke erkundigt sich nach der Fertigstellung der Straßenbahnstreckenerweiterung zum Campus Jungfernsee, an welchen Bereichen in der Heinrich-Mann-Allee im Moment das Begegnungsverbot besteht und ob im Rahmen der Neugestaltung der Wendeanlage am Hauptbahnhof Medien im unterirdischen Raum betroffen sein werden.

Herr Glaser berichtet, dass die Zielstellung für die Inbetriebnahme der Erweiterung zum Campus Jungfernsee der Fahrplanwechsel 2017/18 sei. Die Begegnungsverbote befinden sich im Bogen vor der Sporthalle und zwischen der Sporthalle und den Friedhöfen. Unter dem Bereich am Leipziger Dreieck befinden sich verschiedene Leitungen, deren Berücksichtigung die Kosten dieser Maßnahmen beeinflussen kann. Die genauen Kosten werden im Rahmen der anstehenden Planungsarbeiten ermittelt. Die Kompensation dieser Kosten wird im Rahmen der zwischen den Projektbeteiligten LHP – SWP/EWP und ViP definiert.

Herr Piest fragt nach der Ertüchtigung der Tatabahnen, ob es eine Rückmeldung vom ViP-Kundenbeirat gebe und die Herstellung barrierefrei erfolgen könne.

Herr Glaser bestätigt, dass die Tatabahnen für Menschen mit Mobilitätsbeschränkungen problematisch sind. Er macht jedoch aufmerksam, dass der Einbau einer Niederflur-Sänftenlösung einen massiven Eingriff u.a. in die Elektronik erforderlich mache. Zudem ergäbe sich hieraus ein enormer Mehraufwand aufgrund einer erforderlichen Neuuzulassung der veränderten Fahrzeuge, da diese wie Neufahrzeuge behandelt werden müssten. Aus der verkehrlichen und wirtschaftlichen Abwägung heraus sollte die durch die Ertüchtigung generierte Lebenszeitverlängerung von 8 Jahren genutzt und die Tatra-Bahnen anschließend durch barrierefreie Neufahrzeuge ersetzt werden. Herr Glaser informiert, dass an den Wochenenden versucht wird zu 100 % Barrierefreiheit. Dies wird in den Fahrplänen entsprechend kommuniziert.

Herr Walter stellt folgenden Ergänzungsantrag, der den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorliegt:

„Vor dem jeweiligen Maßnahmenbeginn, sind die aktuellen, konkreten Planungen der Einzelmaßnahmen der Stadtverordnetenversammlung zur Befassung vorzulegen.“

Er begründet den Antrag, dass die Auswirkungen des Ausbaus in der Nedlitzer Straße, in der Heinrich-Mann-Allee und am Leipziger Dreieck auf den öffentlichen Stadtraum sowie auf den Großbaumbestand noch nicht ausreichend konkret vorliegen. So sind alter, wertvoller Eichenbestand in der Nedlitzer Straße und der Baumbestand in der Heinrich-Mann-Allee zu beachten.

Herr Jäkel berichtet aus dem SBV-Ausschuss, dass die Verwaltung zugesagt habe, die Maßnahmen in den nächsten Monaten vorzustellen. Dazu bedurfte es keiner Antragstellung. Wenn der Antrag der Fraktion B90/Die Grünen im KOUL-Ausschuss abgestimmt werden soll, so empfiehlt Herr Jäkel diesen auf die Maßnahmen a, b und c unter Punkt 2 zu begrenzen.

Herr Klipp erklärt, dass er den Eindruck habe, dass mit dieser Antragstellung Schwerpunkte der Vorlage verlagert werden. Mit der hier vorliegenden Beschlussvorlage ist beabsichtigt, infrastrukturelle Schwerpunktprojekte des ÖPNV für den Zeitraum 2015-19 zu definieren und die Finanzierung der Projekte zu sichern. Dass die Abwägung der einzelnen Maßnahmen (zu räumlichen, wirtschaftlichen und naturschutzrechtlichen Gesichtspunkten) gesondert erfolgen müsse, ist unbestritten. Dies müsse im jeweiligen Verfahren erfolgen. Herr Klipp betont abschließend, dass es bei der hier abzustimmenden Vorlage darum gehe, die Investitionssicherheit für die Projektbeteiligten wie zum Beispiel die Stadtwerke sicher zu stellen.

Herr Walter bekräftigt nochmals, dass die Belange des Naturschutzes Berücksichtigung finden müssen. Das Angebot im SBV-Ausschuss die Maßnahmen detailliert vorzustellen sei gut, jedoch müsse dies vor dem Beschluss zum Haushalt erfolgen.

Herr Glaser teilt mit, dass für die Heinrich-Mann-Allee und den Umbau Leipziger Dreieck ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen ist. Hierfür ist eine Umweltverträglichkeitsstudie und eine landschaftspflegerische Begleitplanung geboten. Dies wird in Abstimmung mit allen Partnern erfolgen. Allein für die Streckenerweiterung zum Campus Jungfernsee gibt es bereits eine Planfeststellung, die diese Punkte bereits abgewogen und gewürdigt hat und somit ein gesichertes Baurecht darstellt.

Herr Finken äußert, dass wenn die Prüfungen alle noch stattfinden werden, dem Anliegen Rechnung getragen wird.

Herr Linke beanstandet, dass trotz bereits feststehender Trassenführung darüber noch nicht informiert bzw. eine Planunterlage zur Verfügung gestellt worden ist.

Herr Klipp bekennt nochmals, dass es für den Trassenverlauf zum Campus Jungfernsee einen Planfeststellungsbeschluss und einen Bebauungsplan gibt. Der Trassenverlauf könne gemeinsam mit der Präsentation dem Protokoll als Anlage beigefügt werden. In Vorbereitung der kommenden SBV Sitzung war die Bereitstellung dieser Unterlagen ebenfalls zugesagt worden.

Herr Walter stimmt der Aufnahme des Vorschlages von Herrn Jäkel zur Aufnahme von a, b und c unter Punkt 2 zu.  
Folgender entsprechend geänderter Ergänzungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen wird zur Abstimmung gestellt:

„Vor dem jeweiligen Beginn der Maßnahmen 2 a, b und c sind die aktuellen, konkreten Planungen der Einzelmaßnahmen der Stadtverordnetenversammlung zur Befassung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis: 3/1/3

Der Ausschussvorsitzende stellt die entsprechend ergänzte Vorlage zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für die Erweiterung/Anpassung der ÖPNV Infrastruktur an die Anforderungen der wachsenden Stadt ist ein Verkehrsinfrastrukturpaket mit einem Volumen von 49,2 Mio. € vorgesehen.
2. Die einzelnen Maßnahmen
  - a) Straßenbahnstreckenerweiterung "Nordast" von der Viereckremise zum Campus Jungfernsee,
  - b) Gleissanierung sowie Gleismittenerweiterung Heinrich-Mann-Allee,
  - c) Neugestaltung der Wendeanlage am Hauptbahnhof (Leipziger Dreieck),
  - d) Grundinstandsetzung von 6 Tatra-Zugverbänden (12 Wagen),
  - e) Verlängerung von 8 Combino Straßenbahnen inkl. Anpassung der Werkstätten, werden umgesetzt.
3. Die Finanzierung erfolgt durch:
  - a) ca. 2,1 Mio. €/a, die die Landeshauptstadt Potsdam für Investitionsmaßnahmen aus den ÖPNV-Zuweisungen des Landes Brandenburg erhält;
  - b) einmalig 13,6 Mio. € aus zusätzlichen Schlüsselzuweisungen der LHP, welche zielgerichtet für die Aufwendungen einer wachsenden Stadt eingesetzt werden;
  - c) Aufnahme von Fremdmitteln, welche, sofern sie außerhalb des Kernhaushaltes der Landeshauptstadt Potsdam aufgenommen werden, durch diese zu refinanzieren und möglichst in Form von Kommunalbürgschaften unter Berücksichtigung beihilferechtlicher Kriterien und vorbehaltlich einer kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung zu besichern sind.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Abstimmung und Finanzierung des ÖPNV-Infrastrukturpaketes sowie zur Sicherung der daraus entstehenden Betriebs- und Folgekosten mit der ViP Verkehrsbetrieb Potsdam GmbH und der Stadtwerke Potsdam GmbH ergänzende vertragliche Regelungen zu vereinbaren.

**Vor dem jeweiligen Beginn der Maßnahmen 2 a, b und c sind die aktuellen, konkreten Planungen der Einzelmaßnahmen der Stadtverordnetenversammlung zur Befassung vorzulegen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 3.4 Radwegmarkierung am Uferweg Templiner See**

**Vorlage: 14/SVV/1085**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
SBV

Zurück gestellt – siehe Verständigung zur Tagesordnung.

**zu 3.5 Haushalt 2015/2016**

**zu 3.5.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016**

**Vorlage: 14/SVV/1088**

Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen  
alle Ausschüsse und OBR

Durch Herrn Weise (Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen) erfolgt die Einbringung des Haushaltes 2015/2016 nach den Schwerpunkten des Ergebnishaushalts und des Investitionsprogramms 2015 bis 2019 unter Hinweis auf die ausgereichte Information vom 12.12.2014 zum Teilhaushalt 5 des Geschäftsbereichs 4.

Herr Weise erläutert ferner, dass zu den Informationen der Verwaltung zum Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt des Doppelhaushaltes des Geschäftsbereiches 3 für die Jahre 2015/2016, Frau Kluge (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) und Herr Hülsebeck (Fachbereich Feuerwehr) für Ausführungen und Erläuterungen zur Verfügung stehen würden.

Hierzu gibt es keine weiteren Fragen durch die Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2015/2016 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen.

Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	1
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	5

**zu 3.5.2 Zukunftsprogramm 2019**

**Vorlage: 14/SVV/1090**

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation  
alle Ausschüsse und OBR

Herr Jäkel erkundigt sich, ob es auch im KOUL-Ausschuss eine 2. Lesung zum Haushalt 2015/16 gibt. Da dies verneint wird, stellt er folgenden

Änderungsantrag:

„In Tabelle 1 ist die laufende Ziffer 1 (Anhebung Grundsteuer B ab 2016) zu streichen.“

und behält sich zur DS weitere Änderungsanträge vor.

Der Änderungsantrag von Herrn Jäkel wird zur Abstimmung gestellt:  
Abstimmungsergebnis 4/1/1.

Die entsprechend ergänzte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Zukunftsprogramm 2019 wird mit den Maßnahmen, die bereits im Entwurf zum Doppelhaushalt 2015/2016 enthalten sind, umgesetzt. (Anlage, Tabelle 1)

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die weitere Umsetzung der Maßnahmen aus dem Zukunftsprogramm 2019, die noch nicht im Entwurf zum Doppelhaushalt 2015/2016 enthalten sind (Anlage, Tabelle 2) vorzubereiten. Soweit die Stadtverordnetenversammlung zuständig ist, sind entsprechende Beschlussvorlagen vorzulegen.

Hinsichtlich der Maßnahmen aus dem Zukunftsprogramm 2019, zu denen derzeit ein Haushaltseffekt nicht quantifiziert ist (Anlage, Tabelle 3), wird der Oberbürgermeister mit der weiteren Prüfung und Umsetzung beauftragt.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, weitere Maßnahmevorschläge aus der gemeinsamen Klausur mit den Fraktionen hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit zu prüfen:

- Die Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Hebesatzpunkte (2,2%);
- Die Erhöhung der Zweitwohnungssteuer;

- Allgemeine Regelung zur Dynamisierung bei Gebührensatzungen und Entgeltordnungen der Landeshauptstadt Potsdam;
- Keine Fortsetzung der finanziellen Beteiligung der LHP am Unterhaltungsaufwand der SPSG (13/SVV/0283) über den Vertragszeitraum hinaus
- Variante zum Maßnahmevorschlag GB 1-10 (Nutzungsverantwortung Vereine)

Die Stadtverordnetenversammlung wird über den Prüf- und Umsetzungsstand des Zukunftsprogramms 2019 jährlich informiert.

**In Tabelle 1 ist die laufende Ziffer 1 (Anhebung Grundsteuer B ab 2016) zu streichen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>3</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>3</b>

**zu 3.5.3 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2015**

**Vorlage: 14/SVV/1045**

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service  
alle Ausschüsse und OBR

Redebedarf besteht nicht.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die MV14/SVV/1045 einstimmig zur Kenntnis.

**zu 3.6 Bürgerhaushalt in Potsdam 2015/16**

**zu 3.6.11 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 20 Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Potsdamer Norden**

**Vorlage: 14/SVV/1078**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Der Tagesordnungspunkt wird vorgezogen, da Herr Gessner die Sitzung vorzeitig verlassen muss.

Herr Gessner (Bereich Sport und schulische Dienstleistungen) erläutert den aktuellen Sachstand. Derzeit steht im Bornstedter Feld – neben der Schulsportanlage – nur die Anlage in der Kirschallee für Potsdamer Kicker zur Verfügung. Die Wachstumsstruktur im Potsdamer Norden ist bekannt (Darstellung schon im Schulentwicklungsplan).

Die Umsetzungsmöglichkeiten sind jedoch durch den Mangel an den Ressourcen

begrenzt.

Herr Linke spricht sich für wettkampftaugliche Sportanlagen aus.

Herr von der Osten-Sacken merkt an, dass dieses Anliegen schon mehrere Male beim Schulentwicklungsplan diskutiert wurde. Es ist nicht durchführbar, da im Raumkonzept des Landes nicht vorgesehen.

Herr Gessner erläutert weiterhin, dass 2 konkurrierende Beschlusslagen existieren würden. Einerseits besteht die Notwendigkeit neben dem Schulsport die Anlagen auch wettkampftauglich zu schaffen, andererseits wird dies nicht vom Land durch Förderung unterstützt. Dennoch werden durch die Verwaltung gemeinsam mit dem KIS (als Bauträger) die einzelnen Sportanlagen geprüft, was möglich ist und etabliert werden kann (z.B. die Größe der Anlagen), Ressourcen Finanzmittel bezogen auf die Kirschallee (Sportplatz) Antrag für die nächste SVV. Im Übrigen weist Herr Gessner darauf hin, dass die Anlage in der Nähe des BUGA Parks nicht erweiterbar ist, da eine Zweckbindung bis 2017 besteht.

Herr Jäkel schlägt die Umwandlung in folgenden Prüfantrag „ an welchen Standorten und in welcher Weise Neubau und Erneuerung Sportanlagen im Norden entsprochen werden kann“ vor.

Der SBV-Ausschuss stimmt dem v.g. Prüfauftrag einstimmig zu.

**zu 3.6.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 3 Ordnungsgelder bei Verschmutzung deutlich erhöhen Vorlage: 14/SVV/1060**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Linke stellt fest, dass dieser Vorschlag nicht sehr günstig sei und bezüglich der Umsetzung finanziell zu strecken wäre

Herr Jäkel sieht nicht das Finanzielle im Vordergrund, sondern ist der Auffassung, dass Verschmutzungen (wie z. B. herrenlose Abfälle) durch mehr Aufmerksamkeit etc. der Verwaltung in höherem Maße vermieden werden könnten.

Frau Kluge erläutert, dass bereits eine Aufstockung im Außendienst erfolgt ist, dadurch ein Anstieg der Bußgelder zu verzeichnen ist und dass die Verhängung von Bußgeldern nur im geltenden Rechtsrahmen erfolgen kann. Somit wäre Nummer 3 der Liste der Bürgerinnen und Bürger bereits in Umsetzung.

Die Ausschussmitglieder stimmen mit 6/0/0 einstimmig der Entscheidungskategorie „in Umsetzung“ zu.

**zu 3.6.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 4 Nowawiese nicht an die Schlösserstiftung übergeben  
Vorlage: 14/SVV/1061**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Linke stellt dar, dass nur über den 1.Satz des Vorschlages abgestimmt werden sollte.

Der KOUL-Ausschuss lehnt den Vorschlag mit 2/4/0 ab.

**zu 3.6.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 6 Tierheim fördern  
Vorlage: 14/SVV/1063**

Stadtverordnete B.Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Jäkel erläutert kurz, dass die zügige Errichtung eines Tierheimes wichtig ist, da sich viele Bürger ehrenamtlich einbringen. Er befürwortet diesen Vorschlag.

Herr Walter äußert, dass ein Tierheimbau fraglich ist, da Gelder zur Verfügung gestellt werden müssten.

Die Ausschussmitglieder sind im Ergebnis für diesen Antrag. Sie stimmen mit 6/0/0 einstimmig ab.

**zu 3.6.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 7 Radfahren attraktiv und sicher machen  
Vorlage: 14/SVV/1064**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Walter stellt folgende Frage an Herrn Klipp: „Sind alle Maßnahmen schon enthalten“.

Herr Klipp (Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt) antwortet, dass es sich hier um sehr viele einzelne Vorschläge handelt, daher keine Abstimmung möglich. Die Intension des Bürgers ist aber gut.

Herr Jäkel erläutert kurz, die Sichtweise des SBV- Ausschusses. Der Antrag kann nicht mit „Ja“ oder „Nein“ abgestimmt werden, daher wäre über einen Prüfauftrag abzustimmen.

Folgender Prüfauftrag wird zur Abstimmung gestellt:

„Welche Maßnahmen sind geeignet und sind umsetzbar?“  
Abstimmungsergebnis: 5/1/0

**zu 3.6.5 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 9 Kostenlose Nutzung Öffentlicher Nahverkehr**  
**Vorlage: 14/SVV/1066**  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Karl hinterfragt, ob eine kostenlose Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs wirklich gut ist? Dadurch würden sehr negative Effekte entstehen und daher sollte der Antrag nicht weiter verfolgt werden.

Herr Walter bekräftigt die Ausführungen des Vorredners, darum plädiert er für das Votum „ist in Umsetzung“.

Herr Linke bringt zum Ausdruck, der Antrag sollte geprüft werden.

Für einen Prüfauftrag votieren 3 Ausschussmitglieder, für eine Ablehnung votieren 3 Ausschussmitglieder.

**zu 3.6.6 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 12 Mehr Sauberkeit in Potsdam (Mülleimer, Werbekampagne)**  
**Vorlage: 14/SVV/1069**  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Jäkel erläutert, dass die Bezeichnungen in der Klammer unglücklich gewählt worden sind. (Mülleimer, Werbekampagne) und dass die Vorschläge durch die Verwaltung geprüft werden sollten. Dabei sollte in einer Erläuterung zum Bürgervorschlag klargestellt werden, dass es sich um eine „Werbekampagne zur Müllvermeidung“ handelt.

Herr Hülsebeck nimmt die Anregungen für den Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung mit.

Die Ausschussmitglieder stimmen einstimmig für einen Prüfauftrag.

**zu 3.6.7 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 13 Volkspark erhalten und ausbauen und Wohnqualität erhalten**  
**Vorlage: 14/SVV/1070**  
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Linke erläutert aus seiner Sicht, dass man über den 1. Satz „Der Volkspark

muss in seinen Umfängen inkl. Biosphäre erhalten bleiben und sollte sportlich ausgebaut werden“ votieren sollte.

Herr Klipp antwortet darauf, dass man hier nicht nur den 1.Satz beschließen könne, da es sich um Zwischennutzungen auf mehreren Bauflächen handelt.

Herr Karl fragt nach, wie man sich dieses vorstellen kann.

Herr Prietz findet, dass die Wohnqualität darunter leidet.

Herr Klipp erläutert, dass es dazu ein Verfahren gibt, ob und welche Zwischennutzung verlagert werden kann.

Herr Linke äußert dazu, dass der Bürger wissen solle, ob es wirklich richtig ist, die vorhandenen Zwischenvermietungen zu vernichten. So würde er es verstehen.

Herr Klipp fragt nach, woher Herr Linke diese Erkenntnis habe?

Eine temporäre Nutzung besteht z.B. bei Partyplätzen, Kinderspielplätzen, Ballspielplätzen und der Entwicklungsträger ist bereits beauftragt zu prüfen, welche temporäre Nutzungen verlagert werden könnten.

Die Ausschussmitglieder stellen einen Prüfauftrag „wie dem Anliegen entsprochen werden kann“ zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 5/1/0

**zu 3.6.8 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer: 15 Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs  
Vorlage: 14/SVV/1073**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Linke schlägt einen Prüfauftrag „Bessere Planung des Öffentlichen Nahverkehrs“ vor.

Herr Jäkel unterstützt diesen Antrag.

Der KOUL-Ausschuss votiert einstimmig zur Umwandlung in einen Prüfauftrag.

**zu 3.6.9 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 17 Entlastungsstraße für Potsdam Nord  
Vorlage: 14/SVV/1075**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Frau Steiner bekommt das Rederecht und erläutert ihr Anliegen zu Entlastungsstraße für Potsdam Nord. Ihr Vorschlag: Hinter Bornim, Marquardt, Zeppelinstraße, Nuthestraße = dringende Verkehrsentlastungen, das heißt auch die Breite Straße muss entlastet werden, denn Potsdam sollte attraktiv bleiben. Zudem seien die neuen Ortsteile im Potsdamer Norden unzureichend verkehrlich angebunden. Die Bürger/innen sollten die Einkaufsmöglichkeiten nicht in Berlin, sondern in Potsdam nutzen. Dazu würde eine bessere verkehrliche Anbindung durch die Entlastungsstraße beitragen. Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt für ein entsprechendes Umdenken.

Herr Karl kann aus technischer Sicht sagen, entweder man hat sofort die Gelder, dass man beginnen kann, denn die Prozesse dauern 30-35 Jahre oder aber man lässt es bleiben. Es spielt der Ressourcenverbrauch eine große Rolle. Mit dem Bau der Straßen müssen die Flächen woanders hingeschoben werden. Natürlich ist es ideal den Nahverkehr zu nutzen, aber wie schaffe ich das?

Herr Walter führt aus, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam schon eingehend damit befasst hat und Entlastungsstraßen leider nicht immer Sinn machen. Die Landesregierung habe die Entlastungsstraße aus ihrer Planung ebenfalls herausgenommen, da diese die Nahverkehrsplanung konterkarieren würde.

Herr Jäkel führt aus, dass es richtig sei, dass die Einwohnerzahl gestiegen ist und ein zusätzlicher Verkehr entsteht, welcher grundsätzlich für eine zusätzliche Entlastungsstraße spricht. Herr Jäkel unterstützt den Antrag.

Der KOUL-Ausschuss lehnt den Antrag mit 5/1/0 ab.

**zu 3.6.10 Bürgerhaushalt Potsdam 2015/16 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Nummer 18 Ausgaben für 'Barrierefreie Wege' deutlich erhöhen  
Vorlage: 14/SVV/1076**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Klipp erläutert hierzu, dass im Gesamthaushalt der LHP die Mittel für den Straßenunterhalt von 3,3 Mio EUR auf 3,6 Mio EUR gestiegen sind, um die Pflichtaufgaben des planmäßigen Straßenunterhaltes gewährleisten zu können. Es sind auf Grund des bestehenden erhöhten Verschleißes vordringlich Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und nur Teilsanierungen möglich. Vorschlag der Verwaltung ist es, für die behindertengerechte Herstellung der Verkehrsanlagen gemäß dem Abkommen von Barcelona den Ansatz von 80 T€ auf 120 T€ zu erhöhen.

Herr Jäkel begrüßt diesen Vorschlag.

Die Ausschussmitglieder sprechen sich für die Umwandlung in einen Prüfauftrag aus und stimmen dem Prüfauftrag einstimmig zu.

#### zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Klipp informiert über die Durchführung einer öffentlichen Informationsveranstaltung zur Novellierung der Baumschutz-Verordnung am 24.1.2015 von 16.00 bis 19.00 Uhr im Campus Griebnitzsee. Den Fraktionen ist eine Einladung per e-mail zugegangen.

#### zu 5 **Sonstiges**

Herr Walter erinnert an die Zusage der Verwaltung bzgl. des zurückgestellten Antrages der Fraktion B90/Die Grünen „14/SVV/262 Stadtenergieplanung“ berichten zu können und erkundigt sich, wann der Antrag erneut aufgerufen wird.

Die Ausschussbetreuerin, Frau Kropp, teilt mit, dass dies unter Kontrolle gehalten wird und voraussichtlich zur nächsten Sitzung die Wiedervorlage erfolgen könne.

Herr Piest hinterfragt den Sachstand bzgl. des Durchfahrens der Ribbeckstr. bzw. zum Halten von Touristenbussen am Krongut Bornstedt.

Herr Klipp teilt mit, dass es einen Bauantrag in dieser Richtung gibt, welcher gegenwärtig von der Stadt geprüft wird. Er geht davon aus, dass dieser Antrag in den Listen enthalten ist, die den Bauausschussmitgliedern regelmäßig zugehen, so dass die Möglichkeit besteht, sich dieses Vorhaben vorstellen zu lassen. Da es sich um ein komplexes Thema handelt, betont Herr Klipp, dass nicht auszuschließen sei, dass die Verwaltung im Rahmen der politischen Meinungsbildung eine Beteiligung vornimmt, um in einem Abwägungsvorgang die Meinung der Stadtverordneten einzuholen.

Herr Jäkel bittet die Option zu prüfen, dass Busse nur zum Aus- bzw. Einsteigen halten.

Herr Klipp ergänzt, dass es derzeit ein Einfahrverbot für Touristenbusse in der Ribbeckstraße gibt, da keine Wendemöglichkeit besteht. Beantragt sind das Wenden und 2 Busparkplätze.

Matthias Lack  
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp  
Niederschrift